Diese Gemeinschaften werden auf der Grundlage einer die Rechte und Pflichten der Gemeinschaft und die Rechte und Pflichten der Mitgliedsbetriebe regelnden Satzung tätig, ohne daß die Mitgliedsbetriebe ihre Rechtspersönlichkeit verlieren. Ein wichtiges Element bildet auch hier die gemeinschaftliche Tätigkeit der Mitglieder der Gemeinschaft. Die juristische Person steht also nicht neben der Gemeinschaft, sondern stellt praktisch den juristischen Ausdruck des gemeinsamen Wollens dar.

Die praktischen Erfahrungen sprechen z. Zt. im Prinzip nicht dafür, die sozialistischen Gemeinschaften innerhalb der Erzeugnisgruppen als juristische Personen auszugestalten. Jedoch sollte diese Möglichkeit für den Fall vorgesehen werden, wenn die Gemeinschaften nach außen tätig werden oder andere wichtige Gründe vorliegen (z. B. Bildung und Nutzung von gemeinsamen materiellen und finanziellen Fonds).¹⁹

Die Tätigkeit nach außen mag ausschlaggebend gewesen sein, daß für die Exportkontore gemäß Verordnung vom 17. Januar 1965 über die Bildung von Exportkontoren durch Betriebe der örtlichen Wirtschaft (GBl. II 1965 S. 105) die Rechtsform der Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH) oder der Genossenschaft mit beschränkter Haftung (eGmbH) vorgesehen wurde. In diesem Zusammenhang sei bemerkt, daß sich die Möglichkeiten dieser Verordnung als nicht sehr zweckmäßig erwiesen haben. Dadurch, daß die Bildung von Exportkontoren auf die Betriebe der örtlichen Industrie beschränkt wurde, wird die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Exports zwischen Betrieben der zentralgeleiteten Industrie und Betrieben der örtlichen Industrie zumindest stark behindert. Zudem reduziert sich die Zusammenarbeit der in den Exportkontoren vereinigten Betriebe ausschließlich auf die Belange des Exports. Soweit Betriebe ausschließlich für den Export produzieren, ist dagegen nichts einzuwenden. In der Konfektionsindustrie z. B. kann jedoch kaum ein Betrieb seine volle Kapazität mit Exportaufträgen auslasten, sondern hat daneben Versorgungsaufgaben des Binnenhandels zu erfüllen. Das hat zur Folge, daß die betreffenden Betriebe zwar eine gemeinschaftliche Arbeit für die speziellen Exportbelange organisieren, jedoch hinsichtlich der Aufgaben zur Versorgung der Bevölkerung nach wie vor isoliert arbeiten. Es kommt daher heute darauf an, die Tätigkeit der Betriebe durch derartige Gemeinschaften komplex zu erfassen. Daraus folgt, daß die Verordnung über die Bildung von Exportkontoren den seit ihrem Erlaß herangereiften Erfordernissen der Wirtschaftsentwicklung nicht mehr entspricht.

VII

Die Verträge über die Bildung von sozialistischen Gemeinschaften sollten auf die Regelung folgender Fragen konzentriert werden:

1. Zielstellung auf der Basis der für die Erzeugnisgruppe geltenden Leitungsdokumente, insbesondere des Erzeugnisgruppenprogramms;
2. Mitgliedschaft — es empfiehlt sich, den Beitritt aller Betriebe zuzulassen, die ein bestimmtes Sortiment (erzeugnis- bzw. erzeugnisgruppengebunden) fertigen, d. h., der Vertrag sollte den Charakter eines offenen Vertrages haben.²⁰

¹⁹ vgl. G. Bley, „Zur Rolle des Vertrages bei der Bildung und Entwicklung von Kooperationsgemeinschaften“, a. a. O., S. 418. Er führt u. a. aus, daß die Frage der Anerkennung einer Gemeinschaft als juristische Person „nicht generell bejaht oder verneint werden“ kann. Entscheidend für die rechtliche Ausgestaltung der Gemeinschaften sei, daß „sie sich in das einheitliche System der Planung und Leitung einfügen und der Durchsetzung des demokratischen Zentralismus dienen“.

²⁰ vgl. auch a. a. O., S. 431. Die Fragen der Gestaltung des Vertrages als „offener Ver-